

Entschließungsantrag
Gemäß § 53 Abs. 4 GOG
an die Abgeordneten verteilt

der Abgeordneten Bucher, Mag. Stadler
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Schaffung eines Kerneuropa vor dem Hintergrund des anhaltenden Finanzdesasters in Euro-Mitgliedstaaten und der davon ausgehenden Gefahr für den Euro

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 5:
Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (983 d.B.): Bundesgesetz über die Aufstockung der Neuen Kreditvereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (1003 d.B.) in der Sitzung des Nationalrates am 30. November 2010

Die Vorgänge und die Diskussionen in Zusammenhang mit dem Budget- und Finanzdesaster in Griechenland sowie die nunmehr aktuell zu tage getretenen Probleme Irlands haben in erschreckender Art und Weise die Defizite dieser Europäischen Union offen gelegt.

Einmal mehr wird nun der Steuerzahler gezwungen sein, tief in die Taschen zu greifen, um das – wie vom BZÖ bereits vor Monaten völlig zurecht so titulierte - „Fass ohne Boden“ weiter erfolglos zu füllen.

Weiterhin wird auf Europäischer Ebene Realitätsverweigerung betrieben und Österreich macht mit!

Ein Beweis dafür ist die Tatsache, dass der Finanzminister brav österreichisches Steuergeld in der Höhe von mittlerweile mehr als 600 Mio. Euro an Griechenland überwiesen hat, und durch seinen Sprecher sinngemäß ausrichten lässt, dass man hofft auch im Jänner 2011 wieder 190 Mio. Euro überweisen zu dürfen, wenn dieser sich im Gespräch mit der APA vorsehend zuversichtlich zeigt, dass Griechenland die geforderten Ergebnisse liefern werde: „Wir gehen davon aus, dass es passt!“ (APA443/23.11.2010)

Genau in dieses Bild passen entsprechende im Hauptausschuss am 25.11.2010 behandelte Berichte des Finanzministers, in denen dieser Griechenland beinahe als Erfolgsstory darstellt, um die Richtigkeit der überwiesenen hunderten Millionen Euro zu rechtfertigen.

Insbesondere wird hervorgehoben, dass die gesamtstaatlichen Kassenausgaben gegenüber der 1. Hälfte 2009 um 16,9 % verringert wurden. Dies durch Kürzungen bei Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst aber auch bei Investitionen.

Laut APA vom 23.11.2010 gingen die öffentlichen Investitionen um 24,6 % zurück.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass aber gerade diese Maßnahmen, wenn zu restriktiv durchgeführt, Kaufkraft senkende Auswirkungen haben und die Kürzung im Bereich von Investitionen negative Auswirkungen auf Beschäftigung und damit Wirtschaftswachstum haben können. Die Einnahmen stiegen in der ersten Jahreshälfte laut Bericht um 5,9 %. Laut jüngsten Meldungen liegt die Steigerung der Einnahmen in den ersten zehn Monaten aber nur noch bei 3,7 % statt geplanter 6,0 %.

Weniger schön als die vom Finanzminister so positiv dargestellte Entwicklung Griechenlands Daten lesen sich die diesbezüglichen Ergebnisse der OECD.

„Auch wirtschaftlich ist für das rezessionsgeplagte Land vorerst kein Licht am Ende des Tunnels absehbar: Die Regierung rechnet damit, dass das Bruttoinlandsprodukt nächstes Jahr um drei Prozent schrumpfen wird. EU und IWF hatten nur ein Minus von 2,6 Prozent veranschlagt. Der harte Sparkurs der Regierung in Athen belastet nach Einschätzung der OECD die Wirtschaft des südosteuropäischen Landes. Ein Ende der Rezession ist nach Einschätzung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erst 2012 in Sicht, wenn die Strukturreformen greifen und die Auslandsnachfrage anzieht.“ (APA 18.11.2010)

Nichts desto trotz erfolgte am 13. September 2010 seitens Österreichs die Überweisung des 2. Darlehens in der Höhe von 152.614.834 Euro und wurde – wie bereits ausgeführt - grünes Licht für die nächste Tranche im Jänner 2011 für weitere 190 Mio Euro - gegeben.

Wenn es jedoch darum geht, im Budget Entschärfungen zu beschließen (z.B. im Familienbereich) ist man weniger flott bei Entscheidungen und betreibt lediglich marginale Zahlenkosmetik am Rücken der Betroffenen!

Während Österreich also damit beschäftigt ist, weiterhin EU-Musterschüler zu spielen und das Geld der Österreicherinnen und Österreicher in marode Mitgliedstaaten zu verschicken, mehren sich jene Stimmen, die die vom BZÖ bereits seit längerem geübte Kritik an der Politik in Zusammenhang mit dem Euro teilen und die geforderte

grundsätzliche Richtungsänderung in der Europäischen Union mit der Zielsetzung eines Kerneuropas unterstützen.

So stellt zum Beispiel der deutsche Ökonom Max Otte unmissverständlich fest, dass er den Euro für gescheitert hält und rät zu einer Abschaffung der Gemeinschaftswährung.

"In Europa ist der Euro eine absolute Fehlkonstruktion", sagte der Professor für allgemeine und internationale Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Worms am Mittwoch im Deutschlandradio Kultur. (APA069/24.11.2010)

Das frühere System fester Wechselkurse sei deutlich besser gewesen, weil verschiedene Volkswirtschaften sich nicht unter ein Währungsdach zwingen ließen.

Einmal mehr zeigt sich die Richtigkeit unserer Forderung nach einem Kerneuropa mit unterschiedlichen Integrationsstufen.

Unterstützung findet unsere Forderung jüngst seitens des Hayek Instituts, das in einer Studie vom November 2010 zu folgendem Ergebnis gelangt:

*„Mehrere aktuelle Analysen zeigen, dass selbst im besten Fall einer Wiederherstellung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Peripherieländer der Eurozone **nicht als gewährleistet angenommen werden kann, dass diese Länder den Wettbewerbsbedingungen der Europäischen Währungsunion auf Dauer gewachsen sind.***

*Vielmehr ist zu befürchten, dass aufgrund der strukturellen Schwächen dieser Länder **dauerhafte Transfers von den stärkeren Mitgliedstaaten der Eurozone zu leisten sein werden**, wenn deren Verbleib in der Währungsunion dauerhaft möglich sein soll. Binnen der nächsten Jahre wird die Wahl zwischen einer Transferunion **mit Zusatzlasten in Milliardenhöhe für Länder wie Österreich und Deutschland** oder eine Re-Dimensionierung des gegenwärtigen Euro-Währungsgebiets unausweichlich werden!“*

Anstatt grundsätzliche Überlegungen über die Zukunft des Euro anzustellen, macht man sich auf EU-Ebene in Zusammenhang mit Irland bereits über eine Aufstockung des von IWF und der Europäischen Union geschaffenen 750 Milliarden-Euro-Rettungsschirms Gedanken.

Eine solche Aufstockung hätte natürlich – wie die gegenständliche Regierungsvorlage zeigt – massive Auswirkungen auf die nationalen Budgets. So führt die nunmehr zu beschließende Verachtfachung des Kreditrahmens von 408 Mio. € auf 3,6 Mrd. Euro zu einem Verlust der Gewinnabfuhr der OeNB an den Bund,

da die Verzinsung dieser Sonderziehungsrechte zu einem wesentlich geringeren Zinssatz erfolgt als dies bei einer alternativen Veranlagung möglich wäre, derzeit 0,32 zu 1 % somit 0,68 % Differenz.

Die derzeitige Entwicklung im Euro-Raum lässt die Befürchtung zu, dass dieser Kreditrahmen innerhalb kurzer Zeit ausgeschöpft werden wird und möglicherweise bald weiter ausgedehnt werden muss.

Im Sinne eines Europas für und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger, im Sinne der Schaffung eines Europas, in dem jeder Mitgliedstaat entsprechend seinem Willen und in Abhängigkeit von der Möglichkeit der Erreichung der entsprechenden Ziele und der Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen in der Europäischen Union eingebunden ist, sowie nicht zuletzt im Interesse des Friedensprojektes Europa stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundeskanzler sowie der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten werden ersucht, sich auf Europäischer Ebene für die Umsetzung nachstehender Maßnahmen im Interesse eines auf Frieden und Wohlstand abzielenden Europas der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen:

- Neuverhandlung eines Vertrags für Europa in Hinblick auf eine vollständige institutionelle und (kompetenz-) rechtliche Reform der Europäischen Union mit dem Ziel der Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten (Kerneuropa der Nettozahler) unter Teilnahme Österreichs
- In diesem Vertrag für Europa sind zum einen ein Grundwertekonsens sowie allgemeine Ziele zu verankern und zum anderen Mindeststandards für einzelne Politikbereiche festzuschreiben.

- Abhängig vom Grad der Erfüllbarkeit dieser Ziele und Mindeststandards ergibt sich für die Mitgliedstaaten eine Zugehörigkeit zum Bund Europäischer Staaten, zum weiteren Kreis jener Länder mit entsprechenden Assoziationsabkommen oder zum äußersten Kreis der Länder mit besonderer Partnerschaft.
- Ziel dieses Modulsystems soll es sein, die Länder Europas entsprechend ihrer Stärke einzubinden, dadurch Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Europas zu beschleunigen und damit letztlich den Fortbestand des Friedensprojekts „Europa“ zu sichern.
- In einem neu zu verhandelnden „Vertrag für Europa“ sind die räumlichen, finanziellen sowie kulturellen Grenzen Europas und eine davon abgeleitete Definition des Begriffs „Aufnahmefähigkeit“ der Europäischen Union als Voraussetzung für künftige Erweiterungen festzuschreiben.

Vor dem Hintergrund des Budget- und Finanzdesasters in Griechenland, Irland und allfälliger weiterer Euroländer werden der Bundeskanzler, der Bundesminister für Finanzen bzw. der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten aufgefordert, sich für effiziente Sanktionsmöglichkeiten in Hinblick auf die Einhaltung der Haushaltsregeln, die - im Falle der Nichteinhaltung bzw. der vorsätzlichen Falschinformation und damit einer Gefährdung der Stabilität der Europäischen Union auch zu einem (unter Umständen auch befristeten) Ausschluss eines Mitgliedstaates aus der Währungsunion führen können, einzusetzen.

In diesem Zusammenhang werden der Bundeskanzler, der Bundesminister für Finanzen bzw. der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten ersucht, sich auf Europäischer Ebene für die Schaffung einer Euro-Kernzone der wirtschaftlich starken Euroländer sowie einer „Euro-Light-Zone“ für andere Mitgliedstaaten einzusetzen.

Darüber hinaus werden der Bundeskanzler bzw. der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten aufgefordert, auf Europäischer Ebene jegliche Bestrebungen abzulehnen, die dazu führen, dass die Europäische Kommission künftig in die Planung oder Erstellung der nationalen Budgets eingebunden wird.

Schließlich wird die Bundesregierung ersucht, sich auf Europäischer Ebene gegen eine allfällige weitere Aufstockung der Mittel für den vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Union geschaffenen Euro-Rettungsschirm auszusprechen.“

Wien, am 30. November 2010

The image shows several handwritten signatures in black ink. At the top right is a large, stylized signature. Below it, the name 'S. Schmidt' is written in a cursive hand. To the right of 'S. Schmidt' is another signature that appears to be 'J. Kersch'. Below these are several other signatures, including one that looks like 'C. G. ...' and another that is very large and sweeping. At the bottom right, there is a signature that looks like 'F. ...'.